

AfD-Mitgliedschaft : Wie ein General nach rechts abbog / FAZ

- Von [Reinhard Bingener](#)
- -Aktualisiert am 15.09.2019-08:27



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Joachim Wundrak im Jahr 2014 neben der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Bild: Imago

Joachim Wundrak war im Führungsstab der Bundeswehr und CDU-Mitglied. Inzwischen zetert er gegen Merkel und Europa. Von Rechtsextremisten in der AfD will er nichts wissen.

Die [AfD](#) verfügt in ihren Reihen über einige höhere Offiziere. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge hat zuletzt als Oberstleutnant gedient. Der Berliner Landesvorsitzende Georg Pazderski stand in der Truppe als Oberst noch weiter oben. Gleiches gilt für den AfD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Lucassen, auch er ist ein Oberst a. D.



[Reinhard Bingener](#)

Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover.

- [F.A.Z.](#)
- [Twitter](#)

Den bislang ranghöchsten Offizier bietet die AfD nun aber als Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl in Hannover Ende Oktober auf: Dort tritt der frühere Generalleutnant Joachim Wundrak für die Partei an. Der 64 Jahre alte Ingenieur flog bei der [Bundeswehr](#) zunächst große Flugzeuge wie die Transall. Später wechselte er in den Führungsstab der Luftwaffe, absolvierte mehrere Auslandseinsätze und wurde 2013 schließlich Kommandeur des neugegründeten „Zentrums Luftoperationen“. Im Herbst 2018 schied der Drei-Sterne-General nach 44 Jahren aus dem Dienst aus.

Was kaum einer wusste: Der Offizier war schon zu diesem Zeitpunkt Mitglied der AfD. Wundrak sagt, er habe diesen Umstand verschwiegen, um seine Mitarbeiter zu schützen. Die Kandidatur fällt in eine Zeit, in der ohnehin über die politische Ausrichtung von Bundeswehrangehörigen diskutiert wird. Einerseits gibt es die Warnung von [Friedrich Merz](#) an seine eigene Partei, dass die CDU in den Reihen von Polizei und Bundeswehr zunehmend Anhänger an die AfD verliere. Andererseits hat Ursula von der Leyen eine Debatte darüber angestoßen, ob das „Haltungsproblem“ nicht eher in der Bundeswehr selbst zu verorten ist.

Zunehmende Kritik an Merkels Politik

Die persönliche Entwicklung Wundraks kann man als Hinweis darauf sehen, dass sowohl Merz als auch von der Leyen recht haben. Der General war früher CDU-Mitglied, hat sich der Partei aber entfremdet. Nach eigenen Angaben war er 2008 wegen des von der SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti geplanten Linksbündnisses in Hessen in die Union eingetreten, an deren Spitze schon damals Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) stand. Wundrak war zu dieser Zeit im Führungsstab der Luftwaffe tätig, bewegte sich damit selbst in der Nähe der Politik. Im Lauf der Jahre habe er die Entwicklung der „Merkel’schen Politik“ dann jedoch „zunehmend kritisch“ betrachtet. Vor allem die abrupten Kehrtwenden in Merkels Politik hätten ihn verschreckt. 2014 trat er aus der CDU aus, also zu einem Zeitpunkt, als die Flüchtlingskrise noch nicht richtig begonnen hatte. Dennoch, sagt Wundrak, sei die Flüchtlingsfrage einer der ausschlaggebenden Gründe gewesen. Über seine dienstlichen Kontakte zur Bundespolizei sei er im Bilde darüber gewesen, was sich an den deutschen Grenzen anbahnte.

Inzwischen wirft er Merkel vor, ihre Politik sei „antideutsch“, und meint damit beileibe nicht nur die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. Der Generalleutnant a.D. hält die Flüchtlinge lediglich für „ein Symptom“. Im Kern geht es ihm um die Frage, ob Deutschland noch ein souveräner Staat ist. Wundrak hegt Zweifel. Er sieht Deutschland gefangen in den Mühlen der Europäischen Union. Für besonders gefährlich hält er die Europäische Zentralbank und den Europäischen Gerichtshof. Deutschland werde durch sie zu einer bloßen „Gebietskörperschaft“ degradiert und habe seine Souveränität schon „weitgehend aufgegeben“. Vieles spricht dafür, dass sich Wundrak diese Ansichten nicht erst nach seinem Ausscheiden zurechtgelegt hat. Doch wie passen solche Auffassungen zu einem Offizier der Bundeswehr – einer Armee, die mit den Streitkräften ihrer EU-Nachbarn in engem Austausch steht, mit ihnen sogar gemeinsame Verbände gebildet hat? Und wie konnte Wundrak jahrelang einer Regierung dienen, deren erklärtes Ziel die Stärkung der [EU](#) ist, während er selbst im stillen Kämmerlein das Gegenteil für richtig erachtete? Das hat in einem offenen Brief an Wundrak auch der frühere Brigadegeneral Klaus Wittmann gefragt. Er erkundigt sich darin nach Wundraks Haltung zur deutschen Sicherheitspolitik, „die Sie nach meiner Beobachtung in vielen Jahrzehnten systemkonform unterstützt haben“. Wittmann fragt Wundrak aber auch, wie er sich zu dem Bild verhält, das die AfD von der deutschen Geschichte entwirft.

Von Rechtsextremisten in der AfD will Wundrak nichts wissen

Spricht man Wundrak darauf an, nimmt er Zuflucht zu den in der Partei üblichen Wendungen. Erklärt, die AfD sei eine „junge Partei“, der in der Öffentlichkeit ein „Rechtsextremismus-Problem angehängt“ werde. Die Forderung von Björn Höcke nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ hält Wundrak für „interpretierbar“ und sagt, er könne sich über den Thüringer AfD-Vorsitzenden kein Urteil erlauben. Darüber, dass die AfD in ihren Stäben etliche frühere Rechtsextremisten als Mitarbeiter beschäftigt, weiß Wundrak nach eigenen Angaben nichts. Und die Äußerung von Alexander Gauland, die zwölf Jahre unter Hitler seien allenfalls ein „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte, hält er lediglich für „ungeschickt“. Da werde vor allem etwas „reininterpretiert“ von den Journalisten, klagt Wundrak. „Sie und Ihre Kollegen!“

Aus seiner Geringschätzung der Presse macht der AfD-Politiker auch sonst keinen Hehl. Er lässt sie vom ersten Telefonat bis zum Herausgehen aus der Türe spüren. Den vereinbarten persönlichen Gesprächstermin kürzt Wundrak gleich zu Beginn rigoros ab. Statt über seine Kandidatur zu sprechen, zieht der Ruheständler es vor, an diesem Tag Fotos für seine Wahlkampagne machen. Kein Wort des Bedauerns, kein Ausweichtermin.

Wundraks Pläne für die Stadt Hannover, als deren Oberbürgermeister er sich bewirbt, bleiben allerdings nicht nur wegen der Kürze des Gesprächs im Ungefähren. Auf konkrete Fragen reagiert der frühere Offizier meist mit Beteuerungen, dass er ein „sehr zukunftsorientierter“ Politiker sei, der Probleme „mit Vernunft analysieren wolle“, sich „so gut wie möglich informieren“ möchte und nicht „Ideologien“ anhängen wie der „Klimahysterie“.

Mit Blick auf die Verkehrspolitik tritt er dafür ein, dass eine U-Bahn schon dem Begriff nach unterirdisch verlaufen müsse. Also nicht teils oberirdisch und teils unterirdisch wie in Hannover. Aus diesem Grund heißt dieses Verkehrsmittel in der niedersächsischen Landeshauptstadt offiziell auch „Stadtbahn“, aber sei's drum. „Eine U-Bahn gehört unter die Erde“, stellt Wundrak klar und fordert, man solle eine Untertunnelung „noch mal andenken“. Auf den Einwand, dass eine komplette Verlagerung unter die Erde Milliardenbeträge kosten würde, bezeichnet Wundrak sein Ansinnen jedoch als „vergossene Milch“. Am Ende bleibt unklar, worauf er eigentlich hinauswill.